



DER BUNDESMINISTER  
FÜR JUSTIZ

II-5612 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

7166/1-Pr 1/92

2430/AB

1992 -04- 21

An den

zu 2454 IJ

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

zur Zahl 2454/J-NR/1992

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Haupt, Meischberger haben an mich eine schriftliche Anfrage, betreffend den sozialistischen Bundesminister Otto Rösch - Verurteilung aufgrund des Verbotsgesetzes, gerichtet und folgende Fragen gestellt:

- "1. Ist es richtig, daß der spätere sozialistische Bundesminister Otto Rösch in den Jahren 1947/48 vom Landesgericht Graz aufgrund des Verbotsgesetzes rechtskräftig verurteilt wurde?
2. Wenn ja, welche Fakten lagen dieser Verurteilung zugrunde, nach welchem Straftatbestand wurde er verurteilt und welche Strafe wurde verhängt?
3. Wie ist es möglich, daß er dennoch Bundesminister wurde, obwohl die belasteten Personen nach § 18 lit. k Verbotsgesetz in der Fassung des Nationalsozialistengesetzes auf Lebenszeit vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen sind und deshalb gemäß Art. 70 Abs. 2 B-VG nicht zum Bundesminister ernannt werden können?"

- 2 -

Ich beantworte diese Fragen wie folgt:

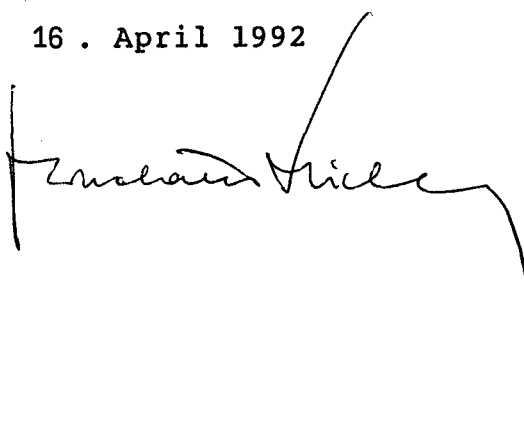
Zu 1:

Nein.

Zu 2 und 3:

Antwort entfällt.

16 . April 1992

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Franz Vize". The signature is written in a cursive style with a long, sweeping underline that extends to the right.